


PARTNERSCHAFTSGESELLSCHAFT mbB



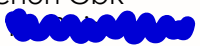
per beA
Herrn

Rechtsanwalt






14.01.2022

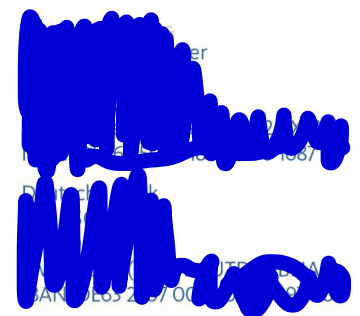
Jaacks/Babenwischen GbR
Ansprechpartner: 
Unser Zeichen: 268/21 Bei-mag

0081/2021 RO AG SIE
Ihr Schreiben vom 23.12.2021

Sehr geehrter Herr Kollege 

zunächst zeige ich an, dass mich Herr Hauke Jaacks, Babenwischenweg 40, 22559 Hamburg mit seiner Interessenvertretung beauftragt hat.

Wie mein Mandant mir mitteilte, sind Sie bereits in Kenntnis darüber, dass der bisherige Bevollmächtigte, Herr Rechtsanwalt  sein Mandat niedergelegt hat. Aufgrund dessen war es erforderlich, dass ich mich kurzfristig in die Angelegenheit einarbeite und nun weder an dem zwischen den Parteien geführten Gespräch teilgenommen habe noch die Vorgeschichte im Einzelnen kenne.



Ihr Schreiben vom 23.12.2021 wurde mir mit dem Entwurf zur Vereinbarung zur Vollstreckungsvermeidung vorgelegt. Ich habe unterdessen mit meinem Mandanten die rechtliche Situation nach der durch Ihre Partei durchgeführten Zustellung des Vergleiches aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf vom 27.11.2019 hinsichtlich aller rechtlichen Möglichkeiten ausführlich erörtert.

BERLIN
FRANKFURT AM MAIN
GENÈVE / GENÈVE
HAMBURG
LAS PALMAS DE GRAN CANARIA
LÜBECK
MÜNCHEN

Nach dieser Erörterung teilt mein Mandant die grundsätzliche Auffassung, dass es zur Vermeidung einer Weiterung im Vollstreckungsverfahren angezeigt ist, die beiderseitigen Unsicherheiten im Fortgang des Verfahrens durch eine gemeinsame Vereinbarung auszuräumen. Mein Mandant ist daher einerseits gewillt, eine ernsthafte Vereinbarung mit der von Ihnen vertretenen Partei zu schließen und sich andererseits bewusst, dass es für ihn und seine Familie auf dem derzeit gepachteten Hof keine dauerhafte Zukunft geben kann.





Bevor ich auf die einzelnen von Ihnen angedachten Klauseln eingehe, will ich gesondert voranstellen, dass mein Mandant den Antrag auf Zulassung der Berufung bei dem Hamburgischen Obergerichtsgericht gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg hinsichtlich der angefochtenen Genehmigung des Verkaufs nach dem Grundstücksverkehrsgesetz zurückgenommen hat, was deutlich zum Ausdruck bringt, dass mein Mandant sich darüber bewusst ist, dass in Zukunft die Babenwischen GbR den Hof in der von ihr angedachten Art und Weise führen wird.

Ungeachtet dessen darf ich darauf hinweisen, dass mein Mandant nach meiner Wahrnehmung in dem Verfahren allerdings nicht gegen die Babenwischen GbR vorgegangen ist, und zwar auch nicht mittelbar, sondern allein die Freie und Hansestadt Hamburg im rechtlichen Fokus stand, da er sich von dieser letztlich verständlicherweise Hilfe versprochen hatte, z. B. durch das Angebot im Stadtbereich Hamburg eine Hoffläche errichten zu können, von der aus die eigenen Flächen meines Mandanten hätten erreicht werden können.

Zutreffend stellen Sie in der Präambel des Entwurfes sowie auch in § 1 fest, dass es meinem Mandanten bisher trotz seiner Bemühungen nicht gelungen ist, einen alternativen Hof zu finden bzw. eine Baugenehmigung für einen Hof zu erhalten. Letzteres wird derzeit mit Nachdruck betrieben, um die Möglichkeit zur Räumung so kurzfristig wie möglich zu erreichen.

Nunmehr erlaube ich mir, auf den von Ihnen übersandten Entwurf der Vereinbarung zurückzukommen.

In der Vereinbarung ist zunächst aus rechtlichen Gründen unklar, warum die Vereinbarung von den Eheleuten Jaacks abgegeben werden soll. Ausweislich des Pachtvertrages und des am 27.11.2019 vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf protokollierten Vergleiches ist allein mein Mandant Hauke Jaacks der rechtlich Betroffene. Für mich ist in keiner Weise ersichtlich, aus welchem Grund die Ehefrau als im Verfahren Unbeteiligte nunmehr einen Vollstreckungsvergleich schließen sollte.

Ferner bitte ich die von Ihrer Partei gewünschte Sicherheitsleistung in Höhe von ~~10.000~~ EUR hinsichtlich der Zweckdienlichkeit zu überprüfen. Soweit ich Ihre Partei richtig verstehe, geht es ihr darum, den Hof in einem überschaubaren Zeitraum selbst bewirtschaften zu können. Meinem Mandanten ist gelegen, kurzfristig die Voraussetzungen für einen Neuanfang auf einem anderen Hofgrundstück zu erreichen. Wie Sie wissen, bemüht sich mein Mandant um eine kurzfristige Baugenehmigung im Stadtgebiet von Pinneberg. Alternativ wäre es für ihn dienlich, die Stadt Hamburg würde in Nähe zu seinen in Schleswig Holstein gelegenen Flächen die Möglichkeit schaffen, einen Hof zu errichten, wofür allerdings ein Grundstück erforderlich wäre. Vor diesem Hintergrund dürfte deutlich sein, dass eine Sicherheitsleistung von ~~10.000~~ EUR dem Ziel meines Mandanten und mithin auch Ihrer Partei im Wege

!

Erpressung?
auf Jüritenlehl

Am 14.01. von
Can J. keine
Baugenehmigung
erzogen! =>
~~...~~

!

steht, denn mein Mandant wird jedes verfügbare Eigenkapital nutzen müssen, um die Finanzierung für das Vorhaben sicherstellen zu können. Es sollte daher von einer Sicherheitsleistung in Höhe von ~~100.000~~ EUR auf ein Treuhandkonto Abstand genommen werden, da diese ~~100.000~~ EUR für die Finanzierung der Zielerreichung nicht zur Verfügung stünden.

Hinsichtlich der von Ihrer Mandantschaft gewünschten Pachterhöhung ist auch mein Mandant bereit, eine höhere Pachtzahlung vorzusehen, soweit diese angemessen ist. Auch ist er damit einverstanden, dass Höchstfristen für seinen Verbleib auf dem Hof aufgenommen werden, soweit diese realistisch das durchzuführende Baugenehmigungs-, Bauplanungs- und Finanzierungsverfahren abbilden. Nach Rücksprache mit meinem Mandanten kümmert dieser sich intensiv um die Realisierung und kann sich meiner Hilfe auch in diesem Bereich sicher sein, so dass der Wille meines Mandanten zur Realisierung von deutlicher Ernsthaftigkeit geprägt ist.

→ 5 Jahre vor der Verbleib
→ ab erst 3 Monate später

Soweit Sie gesondert in der vorgesehenen Vereinbarung geregelt wissen wollen, dass mein Mandant keine öffentliche Kampagne gegen Ihre Mandanten unternimmt, so können Sie versichert sein, dass er dieses nicht tun wird, jedoch kann er nicht sicherstellen, dass Dritte auch auf sein Bitten hin, jedwede Aktivität einstellen, da er hierauf schlichtweg keinen durchsetzbaren Einfluss hat. Mein Mandant will in dieser Sache ausschließlich noch gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg kommunizieren können, um ggf. ein Baurecht im Stadtgebiet zu erhalten, weswegen er auf seine besondere Situation auch vor dem Hintergrund des Grundstücksverkehrsgesetzes hinweisen muss. In dem gemeinsam geführten Gespräch zwischen dem Unterzeichner und dem Mandanten herrschte aber Klarheit darüber, dass auch in Zukunft keine abwertenden oder negativen Äußerungen über Ihre Mandantschaft erfolgen werden. Die politischen Institutionen, wie die von Ihnen angesprochene AbL, wurden von meinem Mandanten um Zurückhaltung und zielführende Begleitung gebeten.

12
0 0

Ich möchte Sie kollegialiter bitten, meine Ausführungen mit Ihren Mandanten zu erörtern, wobei ich erneut betonen möchte, dass mein Mandant ein hohes Interesse hat, einen für beide Seiten zielführenden Vergleich zu schließen.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

für

~~_____~~ Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB

~~_____~~
Rechtsanwalt

~~_____~~
~~_____~~